

Der Populist sieht sich mit seiner Wahl durch das Volk als die Verkörperung des Willens des Volkes. Als dieser ermächtigte Herrscher kann er daher auch souverän seinen Willen durchsetzen. Von diesem Standpunkt aus nimmt er ein anderes Verhältnis zum Volk ein als die sogenannten etablierten Parteien. Die etablierten Parteien anerkennen das Volk als freie und gleiche Bürger, die sich in der Konkurrenzgesellschaft zu bewähren haben. Die daraus notwendig erwachsenden Unzufriedenheiten werden anerkannt und der Unzufriedenheit Wege gewiesen, wie sie sich politisch geltend zu machen haben. Geklärt werden muss noch, wie die etablierten Parteien sich zum Volk hinsichtlich dessen, was „Nationale Identität“ ist, stellen.

— *Bei dem Begriff „Nationale Identität“ unterstellt man eine Verbundenheit zwischen Volk und Staat. Diese Überhöhung wird je nach politischem Standpunkt unterschiedlich bebildert oder ausgemalt. Die Demokraten behaupten, dass es gemeinsame Werte wie Freiheit, Toleranz etc. sind, die die Nation einen. Sie bestimmen die Volksidentität als gemeinsame (demokratische) Werte, auf die man als Volk stolz ist. Im Unterschied dazu die Populisten, die sie in vorstaatlichen Identitäten auffinden.*

— *Die Werte existieren auch bei den Demokraten jenseits der Realität der Konkurrenzgesellschaft. Es werden Dinge hochgehalten, in denen sich das Volk gemeinsam wiederfinden soll und die unumstößliche Größen sind, wie z.B. Heimat, Natur, Geschichte.*

Sowohl die Populisten als auch die Demokraten behaupten sie als eine feststehende Identität vor der gemeinsamen staatlichen Unterworfenheit. Die „Nationale Identität“ ist eine Gemeinsamkeit, die allen Mitgliedern des Volkes zukommt. Die soll gerade *nicht* im Bezug der einzelnen Mitglieder des Volkes auf ihre Herrschaft bestehen, sondern jenseits des staatlichen Bezugs feststehen. Der Unterschied zwischen Populisten und Demokraten besteht darin, *wie* sie diese feststehende vorab gegebene Identität fassen. Da gibt es einen gewissen Liberalismus in der Versinnbildlichung dieser grundsätzlichen Sache, die immer schon und für sich existiert; bei den Demokraten gibt es die durchgesetzte Fassung dieser Identität als einer Gemeinschaft, die den Werten Toleranz, Respekt, Demokratie verpflichtet ist.

— *Der Gedanke „Wir sitzen alle im selben Boot.“ und „Wir müssen uns zusammen gegen außen durchsetzen“ ist der grundsätzliche Gedanke von „Nationalismus“. Kommt dieser Nationalismus im Text nicht vor, weil da der Bezug zur Herrschaft bereits existiert, während die „Nationale Identität“ der Herrschaft vorgelagert sein soll?*

Erstmal enthält das Bild vom gemeinsamen Boot keine Bestimmung von besonderer Gemeinsamkeit. Wenn man das Bild vom gemeinsamen Boot als nationalistisches Denken identifiziert, ist unterstellt, dass ein nationales Kollektiv (lauter Deutsche und nicht die Internationale der Arbeiter z.B.) im Boot sitzt. Dass diese als ein nationales Kollektiv existieren, das ergibt sich nicht aus dem, dass „alle in einem Boot“ sitzen, sondern aus dem Gedanken, dass sie ein Wesen haben, das sie eint. Dass sie ein gemeinschaftliches Wesen sind, so eine Identität muss man erst mal haben, bevor man sagen kann: „Wir sitzen alle in einem Boot – und die anderen sollen gefälligst draußen bleiben“.

— *Das Objektive an diesem Kollektiv ist, dass es die Basis und das Resultat von Herrschaft ist. Dieses besondere Verhältnis zu ihrer jeweiligen Herrschaft soll positiv konnotiert werden. Von daher gibt es dieses Verlangen, sich mittels gemeinsam geteilter Werte oder gemeinsamer Eigenschaften als ein geeintes Volk zu begreifen.*

Dass sie die gemeinsame Unterwerfung unter die Herrschaft objektiv eint, ist der Bezug der Herrschaft auf sie. Völker sind ein Produkt der Herrschaft. Das ist eine mit ihnen veranstaltete Gemeinsamkeit und nichts, was *die Leute* eint.

— *... und weil sie Produkt der Herrschaft ist, legt die Herrschaft auch sehr viel Wert darauf, dass mit so Momenten wie Geschichte und Sprache die Einheit von Unten her*

gedacht werden kann. Die Gegensätzlichkeiten, die vom Staat eingerichtet sind und die Verpflichtung der Konkurrenzsubjekte auf den Staat werden so behandelt, dass man von Unten und Oben auf gemeinsame Werte Wert legt. Zu der Abstraktion von der Konkurrenzgesellschaft passen dann die Werte: Toleranz, Freiheit und Demokratie.

— Noch bevor die Leute sich einen Reim darauf machen, dass sie ein Volk sind, gibt es tatsächlich einen Bezug auf die Herrschaft, der sie zum Volk macht. Sie haben als Konkurrenten einen positiven Bezug auf den Staat. Sie haben ein gemeinsames Interesse daran entwickelt, dass der Staat ihnen ermöglicht, wozu sie gesellschaftlich aufgefordert sind, woran sie interessiert sind, nämlich Geld zu verdienen. Das ist der positive Bezug vom Volk auf den Staat, noch bevor man auf die Wertegemeinschaft kommt.

— Es gibt diesen gemeinsamen positiven Bezug auf den Staat als denjenigen, der das Reglement für die Konkurrenzverhältnisse schafft. Aber das ist ein gemeinschaftlicher positiver Bezug auf den Staat und nicht aufeinander.

Der positive Bezug der Leute auf den Staat besteht darin, dass sie sich in der Konkurrenz bewähren müssen und darauf setzen, dass der Staat ihnen die Bedingungen ihres Erfolgs verschafft, das ist das Verhältnis zwischen Konkurrenzsubjekt und Staat. Die so dem Staat unterworfenen Konkurrenzsubjekte bewähren sich als Volk. Sie sind das Volk ihrer Herrschaft; in ihrer Gemeinsamkeit Material und Basis der Herrschaft zu sein, unter Abstraktion von ihren jeweiligen bestimmten Konkurrenzinteressen. Was hat das mit „Nationaler Identität“ zu tun? Da gilt als erstes der Standpunkt der Herrschaft: Ihr seid ein Volk und dem wird die Herrschaft gerecht. Die Inanspruchnahme des Volkes durch die Herrschaft soll jenseits dieser Inanspruchnahme als Identität des Volkes existieren, worauf sich die Herrschaft positiv bezieht.

— Die Benutzung des Volkes als Manövriermasse der Herrschaft wird idealisiert mit einer besonderen Gemeinsamkeit, die bebildert wird.

Bei der Bestimmung ist man weder speziell bei Demokraten noch bei Populisten, sondern das gilt für Herrschaft überhaupt.

— Diese Sichtweise auf die Konkurrenzgesellschaft als ein Volk mit einer gemeinsamen Geschichte, Kultur etc, wird als eine Sichtweise von Oben an das Volk herangetragen ...

... und wird von Unten dann auch geteilt. Dass das ein Entsprechungsverhältnis ist, ist ein eklatanter Bedarf der Herrschaft. Mit den Bebilderungen der Zusammengehörigkeit von Oben und Unten soll zum Ausdruck gebracht werden, wie gut die Herrschaft mit ihren Einrichtungen der Zusammengehörigkeit des Volkes dient.

*

Das Stichwort zur demokratischen Ausmalung dieser Gemeinschaft ist „Wertegemeinschaft“. Diese Werte sind nicht die Prinzipien der Herrschaft, sondern deren Idealisierung. Mit den Prinzipien der Herrschaft „Gleichheit und Freiheit“ wird der Bürger als gleicher anerkannt und als solcher mit gleichen Rechten und Pflichten vom Staat versehen. Dass der Staat von jedem Bürger verlangt, die Interessen der anderen Konkurrenzsubjekte anzuerkennen, also Toleranz und Respekt im Umgang miteinander walten zu lassen, ist der entsprechende Tugendkatalog, der diese Prinzipien als Werte idealisiert. In diesen Werten steckt beides drin. Sie malen die Volksidentität aus und es wird Bezug genommen auf die gegensätzlichen Interessen der Konkurrenzsubjekte. Die Bürger werden nicht in der harten Form verpflichtet, das gegnerische Interesse anzuerkennen, sondern im gemeinsamen Bezug auf die Moral des Respekts und Toleranz sind diese Gegensätze zu akzeptieren.

— Die Werte „Toleranz und Respekt“ als die Idealisierung der demokratischen Herrschaftsprinzipien gelten als Werte in der gesamten demokratischen westlichen Welt. Wie wird aus diesen allgemeinen Werten der Demokratie die „nationale“ Identität?

„Wir sind eine spezifische (deutsche, französische) Gemeinschaft“ ist doch der Ausgangspunkt. Dann geht es darum, wie das ausgemalt wird. Weshalb es einerseits

demokratische Völker gibt, die sich alle diesen gemeinsamen Werten verpflichtet sehen und zugleich einen Unterschied zu anderen demokratischen Völkern herausstreichen. Das ist keine Schwierigkeit. Dann sind die Franzosen die Urväter von Freiheit und Gleichheit, und die Deutschen wegen ihrer Geschichte besonders tolerant und respektvoll zu Fremden.

— *Die Idealisierung existiert ja nicht ausschließlich in demokratischen Werten, sondern auch darin, wie sich dieses Volk als Besonderheit in Essgewohnheiten, Geschichte, Sprache u.ä.m. gegen andere auszeichnet. Das sind keine Kriterien, an denen einer entscheidet, ob er dieser oder jenem Staat unterstellt sein will, sondern umgekehrt: Weil er ihm unterstellt ist, kennt er angeblich gute Gründe dafür.*

Der Ausgangspunkt ist die feste Überzeugung: 'Wir sind ein Volk'. Das andere ist die Ausfüllung der nationalen Identität als nationale Wertegemeinschaft. Das macht aber das Gemeinsame dieser Volksmannschaft in Wahrheit nicht aus, dass alle an Toleranz, Respekt und Demokratie als höchste Werte glauben. Aber darin spiegelt sich die Art und Weise, wie sich in der Demokratie auf das Volk bezogen wird, adäquat wieder.

— *Aber fehlt da nicht die Erklärung, warum das Volk sich dies so einleuchten lässt?*

Im Text steht: diese Einsicht wird dem Volk wohlweislich nicht einfach überlassen. Dies hat der Rechtsstaat vielmehr in seiner ganzen Systematik *institutionalisiert*. Und diese Institutionen werden als höhere Werte proklamiert, die die Identität des Volkes ausmachen sollen. So findet die Idealisierung der Herrschaftsprinzipien als Tugendkatalog demokratischer Werte statt.

— *Die Gemeinsamkeit der Leute, wie sie hier ihr Leben organisieren, besteht praktisch darin, dass der Staat alle Leute auf sich als Herrschaft bezieht. Und das wird mit den moralischen Prinzipien in ein Miteinander verwandelt. Dieser Tugendkatalog ist sehr nahe an den tatsächlichen rechtsstaatlichen Prinzipien, wonach die Leute tatsächlich regiert werden.*

Ja und dazu gehört dann auch eine dauerhafte Erziehungsleistung.

Festzuhalten ist, dass, ein Volk zu sein, keine Spinnerei ist. Völker gibt es und sie haben unterschiedliche Identitäten, wie sie sich aufführen und sich in den jeweils staatlich eingerichteten Verhältnissen zurecht finden. Das ist der harte Ausgangspunkt für die Idealisierung dieser Verhältnisse als Wertegemeinschaft.

— *Die ganze Sphäre der Kultur, des Sports usw. beherrscht diese Tour, alles als Verkörperung der Gemeinschaftlichkeit eines besonderen Volkes darzustellen.*

Der Text charakterisiert das als 'Abstraktionsleistung': einerseits wird von dem realen Gemeinwesen – der Konkurrenzgesellschaft mit ihren Gegensätzen –, abstrahiert und andererseits wird das Ganze in eine fiktive Gemeinschaftlichkeit übersetzt. Dieses Idealbild ist also eine Abstraktion davon, dass sie der Herrschaft unterworfen sind. Die Herrschaft/Unterwerfung kommt als Praxis und Pflege gemeinsamer Werte daher.

— *Es wurde die Existenz verschiedener nationaler Identitäten angesprochen. Aber das: ich bin Deutscher oder Franzose etc. verdankt sich doch immer demselben Prinzip, dem In-eins-setzen des Volkes mit dem Staat. Der Unterschied besteht nur in der unterschiedlichen Bebilderung der Herrschaft.*

Die historisch ausgebildeten Gewohnheiten der Unterwerfung unter eine Herrschaft enthalten gemeinsame, gleichartige Formen. (Beispiele wurden vorher genannt.) Die Leute machen in aller Regel ähnliche Erfahrungen mit ihren jeweiligen staatlichen Gegebenheiten, bilden aber unterschiedliche Gewohnheiten im Umgang mit diesen aus. Insofern es die staatlichen Ordnungsprinzipien sind, die ihre Idealisierung erfahren, ist es auch kein Wunder, dass zwischen demokratisch regierten Staaten wie Frankreich und Deutschland Gemeinsamkeiten in Hinblick auf die Konstruktion der nationalen Identität aufzufinden sind.

— *Es werden doch auch Bilder für nationale Identitäten in Anspruch genommen, die aus Zeiten stammen, bevor es diese Nation überhaupt gab. Man denke z.B. an die Bedeutung der Geschichte. Das sind Ideologien und man kann daher nicht sagen, die Völker hätten von Haus aus gemeinsame Identitäten; die nationalen Besonderheiten*

wären ihnen angeboren.

— Wenn die besondere Einzigartigkeit des deutschen oder französischen Volkes mit geschichtlichen Ereignissen herausgestellt wird, widerspricht das dem Gesagten nicht. Die Völker haben ihre tatsächliche Gemeinsamkeit durch ihr Unterworfensein unter eine Herrschaft und die Besonderheit jeden Volkes wird mit der Geschichte bebildet. Und die Leute leben dann diese „ihre“ Besonderheiten aus.

Die nationalen Eigenheiten von Völkern sind die kollektiven Weisen der sittlichen Einrichtung mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen. Der materielle Grund dafür liegt in den staatlichen hergestellten Verhältnissen, egal ob es sich um Frankreich Deutschland oder die USA handelt.

*

Wie beziehen sich die Populisten auf die Klassengesellschaft?

— Im Unterschied zu den Demokraten genießen die Interessen der Leute bei den Populisten keine besondere Wertschätzung. Die partikularen Interessen dürfen/sollen verfolgt und auch für staatliche Belange benutzt werden, aber ihnen wird ihr Stellenwert im Staat zugewiesen. Sie haben sich dem Gemeinwohl unter zu ordnen und dürfen den Staat in der Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht behindern. Jeder an seinem Platz soll dem Allgemeinwohl dienlich sein.

— Der Populist sieht die partikularen Interessen radikaler: diese sind der Möglichkeit nach prinzipiell ein Hindernis fürs Allgemeinwohl. Er stellt sie unter Generalverdacht.

Im Text steht: „... in den gegensätzlichen politischen Forderungen, die (die Bürger) aus ihren partikularen, konkurrierenden Interessen folgen lassen, sieht der Populist regelmäßig die Anmaßung, doch mehr sein zu wollen als ein bloßes Partikularinteresse“ (S. 14). Das ist kein genereller Angriff auf Partikularinteressen überhaupt. Aus diesen Interessen etwas Allgemeines folgen zu lassen, eine Anforderung an die Politik auf Berücksichtigung zu stellen, dagegen opponieren Populisten. Sie sehen darin einen Angriff auf die Einheit von Volk und Staat, die sie verkörpern. So sagen sie an, was der politische Stellenwert eines Interesses in der Gesellschaft ist.

— Das ist der Unterschied zu den Demokraten: die beziehen sich auf die partikularen Interessen als welche, wofür sie die politisch zuständigen Ansprechpartner sind, die sich um die angemessene Art und Weise ihrer politischen Berücksichtigung kümmern.

Hier gehört das Stichwort „demokratische Politisierung von Interessen“ hin. Dass aus dem staatlich erzwungenen Zusammenwirken antagonistischer Interessen das nationale Wachstum und damit die Machtmittel des Staates hervorgehen, darin besteht die Gemeinsamkeit zwischen Demokraten und Populisten. Die Differenz beginnt da, wo aus diesen Interessen unterschiedliche politische Forderungen werden. Die Politisierung dieser gegensätzlichen Interessen hin zu konkurrierenden politischen Forderungen und parteipolitischen Programmatiken, das macht die Produktivität der Demokratie aus. Dazu sagt umgekehrt der Populist, dass das nicht sein darf und zwar ganz generell nicht, denn sie sind doch die Vertreter des Volkes, das schließt konkurrierende politischen Einwände und Forderungen grundsätzlich aus. Nicht, weil Populisten diese Positionen inhaltlich geprüft hätten, sondern weil das in Widerspruch zu ihnen als der proklamierten Verkörperung der Einheit des Volkes mit seiner Führung steht.

— Wie verhält es sich dann mit dem populistischen Slogan: Wir machen Ihre Meinung zu Politik (AfD)?

Diesen Satz muss man so betonen: Nur wir machen Ihre Meinung zu Politik. Sie legitimieren ihre politischen Positionen mit dem Willen des Volkes und zwar nicht in Hinblick auf die verschiedenen Interessen im Volk, sondern der Einzelne gilt nur als Mitglied des Volkes.

Man erinnere sich an die Aussagen zur AfD in den voran gegangenen Kapiteln: sie wettern gegen die linksversiffte Gesinnungsdiktatur im Land, z.B. in Gestalt von Pluralismus und Toleranz, die das Volk kaputt macht. Dieser Slogan will sagen: wir

sind die einzige Partei, die der Gesinnungsdiktatur der Altparteien etwas entgegen stellen und das versteht jeder als die Aussage: Nur bei uns kommt das gesunde Volksempfinden zur Geltung.

— *Sie wollen sagen: wir machen kein politisches Geschäft und Geschachere mit euren Meinungen, sondern wir sind identisch mit euch als Volk.*

Nach Seiten der Politik hin steckt darin die Härte, dass darauf beharrt wird, dass die Meinung des Volkes nur in Form der gewählten Regierung, die die Politik macht, Geltung hat. Das Volk muss die Richtigen an die Macht bringen und in deren Herrschaft über es kommt das Volk zu Zuge.

— *Im Artikel ist von der 'leeren Identität' zwischen Volk und Staat die Rede. Das wird an diesem Slogan deutlich: Einen anderen Inhalt als den, die Richtigen zu wählen, die dann über einen regieren, hat das Verhältnis nicht. Die Regierenden geben an, was der Volkswille zu sein hat.*

— *Aber die Kritik der Populisten an der demokratischen Politisierung des Volkes meint doch, dass das Aufgreifen von Unzufriedenheiten im Volk, um diese auf Regierungsalternativen zu verpflichten, eine Beeinträchtigung der Freiheit der Politik sei, die sich nicht von Interessen abhängig machen darf. Einzig die Politik hat über politische Notwendigkeiten zu entscheiden. Und wenn die AfD durch Wahlen ermächtigt ist, dann kommt durch ihre absolute politische Entscheidungsfreiheit das Volk zu seinem Recht.*

Der Inhalt des Verhältnisses von Volk und Staat ist die staatliche Souveränität. Warum verlangt diese „leere Identität des Volkes im politischen Willen seiner Führung ... vom Volk die Qualität einer *Kampfgemeinschaft*“ (S. 14)?

— *Der Slogan der AfD „Wir machen aus Ihrer Meinung ein Programm“ unterstellt eine Volksgemeinschaft gegen die etablierten Parteien, die sich am Volk versündigen, weil sie Partikularinteressen berücksichtigen.*

Das enthält das, wogegen sich die Kampfgemeinschaft richtet. Vorher ist zu klären, warum diese Qualität des Volkes notwendigerweise daraus folgt, wie Populisten die Identität des Volkes bestimmen.

— *In einem sozialistischen Staat wird mit dem Adjektiv „sozialistisch“ der Zweck benannt, den der Staat mit seinem Volk realisieren will. „Leere Identität“ hat als Bestimmung, das Volk hinter der Führung zu versammeln und für Zwecke zu benutzen, die – von der Herrschaft definiert – als Volkswille gelten.*

— *Der gemeinsame Zweck ist mit Kampfgemeinschaft angesprochen. Wenn der Inhalt der Identität die Souveränität des Staates sein soll, dann beinhaltet der politische Wille der Untertanen die Durchsetzung der Souveränität der Herrschaft und das ist ein Kampfprogramm nach innen und nach außen.*

— *Im Text steht, dass die leere Identität ihren Inhalt im politischen Willen der Führung hat; d.h. das Volk steht geeint hinter dem Programm, das die Führung nach innen und außen definiert.*

Die Einheit des Volkes ist unterstellt und weil die vom Volk Ermächtigten den Willen des Volkes zur Geltung bringen, muss die Herrschaft souverän, unabhängig, freigesetzt sein, nicht nur gegenüber demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen, sondern auch und gerade gegenüber politischen Gruppierungen und konkurrierenden Forderungen in der Gesellschaft. Sie muss ihre Souveränität, die sie von innen und außen gefährdet sieht, sicherstellen. Gegen wen und gegen was, ist Definitionssache der Herrschaft und der Inhalt, den sie der „leeren“ Identität des Volkes gibt. Für das Einsatzziel, das die Führung im Namen des Volkes festlegt, wird das Volk als Manövriermasse und als Kampfgemeinschaft in die Pflicht genommen.

Der Ausgangspunkt ist die Unzufriedenheit der Populisten mit den bestehenden Verhältnissen. Daraus leiten sie ab, dass sie an die Macht kommen müssen, damit die Herrschaft im Namen des Volkes unangefochten ausgeübt werden kann. Das Volk, das die Herrschaft dazu ermächtigt und freigesetzt hat, fungiert als Manövriermasse und als Kampfgemeinschaft und hat im politischen Willen der Führung seine Identität. Die

Populisten bestehen darauf, dass ihre Herrschaft souverän ist. Das Einsatzziel und der Inhalt, wodurch sich die Herrschaft dann beschädigt oder beschränkt sieht, wird von oben definiert und hat eine Stoßrichtung nach innen gegen konkurrierende Parteien und Interessen und nach außen (vgl. V.).

Worin sehen also die Populisten die Identität des Volkes?

— *Die Identität beruht nach ihrer Auffassung nicht auf staatlicher Gewalt. Sie denken sich das Volk als Kollektiv, dessen Bestimmung vorstaatlich ist und die Unwidersprechlichkeit einer Naturbestimmung hat, auf einer "volksgemeinschaftlichen DNA" beruht.*

Bei der Besprechung der Demokraten wurde bereits festgehalten, dass die nationale Identität des Volkes nicht als ein Akt staatlicher Gewalt, sondern als eine vorstaatliche Bestimmung gesehen wird. Diesen Gedanken vertreten auch die Populisten. Der Unterschied zwischen Populisten und Demokraten ist damit nicht geklärt. Die Populisten gehen davon aus, dass das Volk von vorneherein als eine gar nicht in Frage stehende oder erst herzustellende Sache, sondern als eine Naturkonstante existiert.

— *Für die Populisten ist es das Wichtigste, die Identität des Volkes gegen alle möglichen Gefahren zu schützen und zu bewahren, sie machen es sich zur Aufgabe, alles, was die Identität zerstören könnte, abzuwehren. Sie sehen die Identität des Volkes immer gefährdet und sich als die Verteidiger nach innen und außen, das Volk ist bei ihnen Kampfgemeinschaft und Schutzobjekt.*

Dass die Populisten das Volk von der Gesinnungsdiktatur befreien wollen, steht schon im Abschnitt II des Artikels. Die Diskussion dreht sich immer noch um die unterschiedliche Auffassung von Demokraten und Populisten bezüglich der Identität des Volkes. Die Populisten begreifen das Volk als eine Einheit, die allem irgendwie Politischen vorausgeht. Sie lassen „am Volk nur gelten, dass es eben Basis eines souveränen politischen Willens ist ...“ (S. 14). Das Wesen des Kollektivs ist in ihrem Verständnis jedem Interesse, jedem Kalkül, jedem willentlichen Befund, wer oder was man ist, vorgelagert.

Die populistische Herrschaft ist dieser leeren Identität adäquat, nimmt den Willen des Volkes praktisch in Anspruch und verlangt vom Volk die Qualität einer Kampfgemeinschaft. Bei der „Verpflichtung auf diese Qualität bedient sie sich ideologischer Bilder vom Volk als Kollektiv, das für die Dazugehörigen weit mehr als bloße Staatsangehörigkeit bedeutet, vielmehr die Unwidersprechlichkeit einer Naturbestimmung besitzt“ (S.14). Im Artikel steht dazu: „Die öffentlich verkündete liberale Gleichgültigkeit des Staates gegenüber den privaten Sitten, Vorlieben und der Herkunft seiner als Privateigentümer anerkannten Bürger, deren Verpflichtung auf die zumindest praktizierte Anerkennung der Gleichwertigkeit der pluralen Weisen, sich in den Verhältnissen einzurichten und darauf ihren Reim zu machen – das kommt den Populisten wie eine Bestreitung der Einigkeit der Bürger *als Volk* vor“ (S. 15). Darin unterscheiden sie sich. Die Demokraten identifizieren die vorpolitische Besonderheit des Volkes mit der Demokratie selbst und den demokratischen Werten, der idealisierten Fassung der Herrschaftsprinzipien als Tugendkatalog. Eine Kampfgemeinschaft hat ihre Identität weit vor solchen Sperezenzen und wird durch sie bedroht und in Frage gestellt.

Die Bestimmung des Volkes als etwas Naturmäßiges berechtigt und verpflichtet die Herrschaft, den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen, weil sie dieses nicht zu hinterfragende Kollektiv repräsentiert. Das ist eine absolute Legitimation für die Inanspruchnahme des Volkes für alles, was die Herrschaft von ihm will. Im nächsten Schritt definiert die Herrschaft, wofür das Volk als Kampfgemeinschaft in Anspruch genommen wird. Folgerichtig dienen die Einsatzziele dem Schutz der Volksidentität gegen innere und äußere Feinde. Das ist von vornherein ein polemischer Gedanke gegen alle, die nicht zum Volk gehören.

— *Der Unterschied bezüglich der Identität des Volkes bei den Populisten bzw. Demokraten ist mir noch nicht klar. Die Populisten sehen im Volk eine vor aller Herrschaft existierende Gemeinschaft und sich als Gestalter, als Ausführende des Volkswillens. Als Besonderheit, im Unterschied zu den Demokraten, werden „leere“*

Identität, Kampfgemeinschaft und Verteidigung des Volkes genannt. Das ist die Abstraktion von allem, was Herrschaft und Volk tatsächlich „verbindet“, nämlich dass das Volk die Basis der Herrschaft ist. Diese Abstraktionsleistung findet bei Demokraten und Populisten statt und die Idealisierung der Herrschaftsprinzipien ebenfalls. Worin besteht also der Unterschied?

— Die Antwort steht auf S.14: „Der Populist besteht auf einer unmittelbaren Identität zwischen Volk und Führung; die hat sich nicht dadurch erst und immer wieder herzustellen, wie das Volk als Quelle und Basis der Macht seiner Herrschaft funktioniert – also nicht erst durch die demokratisch-rechtsstaatliche ‚Politisierung‘ von lauter eigennützigem Konkurrenten.“ Bei den Demokraten besteht der Inhalt der Politisierung in einem Wertekanon. Der Populist hält die Politisierung der Privatinteressen für den falschen Weg, der den Zusammenhalt zwischen Volk und Führung stört.

Die populistische Herrschaft leitet ihren Anspruch auf absolute Souveränität daraus ab, dass sie den Willen des Volkes verkörpert. Die leere Identität besteht in der Souveränität der Herrschaft bei der Definition des politischen Willens, ganz ohne Rückbezug auf oder Vermittlung von partikularen Interessen. Diese Definitionsfreiheit beansprucht der Populist und das Volk ist vorgesehen als die dafür notwendige Manövriermasse. Er sagt nicht, was er vom Volk will, sondern dass er das Volk für die Sicherung seiner souveränen Herrschaft in die Pflicht nimmt. Das Volk ist als Kampfgemeinschaft gefragt, es soll als Basis der Populisten fungieren und als Mittel, Hindernisse beim Regieren aus dem Weg zu räumen. Daraus folgt die Notwendigkeit eines kämpferischen Auftretens. (Da geht was den Bach runter, wenn wir nicht an die Macht kommen und für Ordnung sorgen.) Dieser Standpunkt wird ideologisch bebildert. Das Volk wird als Naturkonstante (jenseits aller Interessen) gefasst, als eine Sache, die unhinterfragbar, per se existiert, gar nicht anders zu denken ist, als dass es sie gibt. Dieser Ausmalung des Volkes als Naturkonstante wird die populistische Herrschaft gerecht, indem sie dafür sorgt, dass sie dem Volk gegen alle Anfeindungen sein Recht verschafft. Das ist die ideologische Fassung des Souveränitätsstandpunktes der Populisten. Sie klagen die Souveränität ihrer Herrschaft ein als Notwendigkeit für den Schutz des Volkes vor seinen Feinden und legitimieren so ihre Herrschaft. (Wenn wir nicht gegen den Liberalismus der anderen vorgehen, ist das Volk in Gefahr.) Das ist die ideologische Präsentation.

— Nochmal zum Begriff der „leeren Identität“: Soll sie darin bestehen, dass es der Herrschaft um die Basis ihrer Souveränität geht und dafür das Volk ein Mittel ist?

„Leere Identität“ meint die unmittelbare, nicht über den „Ausgleich von Interessen“ vermittelte Identität von Volk und Herrschaft, so dass der Wille des Volkes gefasst ist als Freiheit der Herrschaft für ihre politischen Ambitionen, als staatliche Souveränität.

— Populisten kritisieren die Politisierung von Interessen, die in der Demokratie stattfindet. Die Leute sind unzufrieden und es kommt darauf an, dass sie sich zwei Gedanken zu ihrer Unzufriedenheit machen: erstens ist dafür die Politik zuständig und deshalb ist es zweitens sehr die Frage, ob ihr Interesse zum Zuge kommt oder nicht. Diese Sorte Umgang mit der Unzufriedenheit im Volk nimmt der Populist als Kritik an dem, was Herrschaft zu sein hätte: sie soll sich unbedingt durchsetzen können. Er kritisiert an der Demokratie, dass alle politischen Verbände Einfluss auf den Staat nehmen wollen, was die Herrschaft an ihren eigentlichen Aufgaben hindert. Das Volk kommt dann zu seinem Recht, wenn es seiner Herrschaft die Handlungsfreiheit verschafft. Das ist die Kritik der Populisten und das ist mit „leerer Identität des Volkes“ gemeint. In der Verlängerung verlangen sie den Dienst des Volkes an der wirklich souveränen Herrschaft.

— Aus seiner Sicht entspricht der Populist in dieser Inanspruchnahme dem Willen des Volkes. Das Volk will nichts anderes.

Am sogenannten „Verfassungspatriotismus“ kann man sich die Besonderheit demokratischer Vorstellungen von nationaler Identität klarmachen. Da wird ideologisch eine Art Selbstreflexion gegenüber der nationalen Identität konstruiert, als wäre sie das

Produkt einer Reflexion: wir bekennen uns zu den Werten, weil sie uns einleuchten. Ein Populist würde dies als Abstandnahme vom eigentlichen Volkscharakter beschimpfen. Dagegen hält der Populist, dass es keine Reflexion über die Zugehörigkeit zum Volk zu geben hat. Volk, diese leere Identität, ist man nun mal, ganz ohne Bedingung.

— *In der Überschrift steht: Rechtspopulismus ist ein Pleonasmus, also eine Verdoppelung. Ist das so zu verstehen, Populismus an sich ist schon die Identität zwischen Volk und Herrschaft und dient der Bekräftigung der Souveränität der Herrschaft?*

Populismus ist ein rechter Staatsstandpunkt, weil er dem Volk gegenüber die Souveränität der Herrschaft einklagt und alles durchstreicht, was die etablierte bürgerliche Herrschaft betreibt, wenn sie sich den Konkurrenzinteressen ihrer Bürger dienstbar macht. Er will keine politischen Forderungen und politische Konkurrenz zulassen, sondern die Souveränität der Herrschaft muss sichergestellt und durchgesetzt werden; darin ist er ein absolut rechtes politisches Programm. In diesem Sinne ist es ein Pleonasmus (Verdoppelung), wenn man Populismus auch noch als rechts kennzeichnet. Wenn sich demokratische Parteien in öffentlichen Debatten gegenseitig Populismus (Links- oder Rechtspopulismus) vorwerfen, dann kritisieren sie, dass die politischen Konkurrenten in unseriöser Weise dem Volk nach dem Mund reden. Aber darum geht es hier nicht, sondern es soll klargestellt werden, was für ein politisches Programm der Populismus ist.

— *Im Artikel auf Seite 14, oben wird gesagt, in der Unzufriedenheit duldet der Populist keine konkurrierenden Interessen und keine konkurrierenden Parteien. Will er damit nicht auch gesagt haben, dass er gegen jegliche politische Opposition ist?*

Werden solche konkurrierenden, politischen Forderungen durch die anderen Parteien geltend gemacht, kann man in den diversen Ländern studieren, wie das ausgetragen wird. Zum Beispiel in Amerika: jedes Geltend-Machen alternativer politischer Positionen gehört bei Trump in die Abteilung Hetzjagd; oder in Ungarn und Polen kann man verfolgen, wie die mit ihrer Opposition umspringen.

V. Die widersprüchliche Fortentwicklung der globalisierten Konkurrenz zu einem Kampf um nationale Souveränität

Die populistische Führung definiert die Einsatzziele, wofür sie das Volk in die Pflicht zu nehmen gedenkt. Das ist nicht nur ein Programm nach innen (gegen das heimische Establishment), sondern auch nach außen, indem sie die Rückeroberung der nationalen Souveränität verspricht. Die Rückeroberung richtet sich gegen internationale Institutionen (UNO, EU, NATO, WTO) und deren, über der Souveränität der Staaten stehende, rechtsverbindliche Regelungen und Verträge. Also gegen das, was man als Globalisierung kennt, und der Sache nach ein durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geregelter Weltmarkt ist. Sachlich ist es durchaus so, dass die Staaten, die diesen Weltmarkt bewirtschaften, ihr Kapital erfolgreich dazu ermächtigt haben, die ganze Welt zu benutzen und dabei über die eigenen Grenzen hinaus Quellen der Verwertung erschlossen haben. Einerseits ist das eine Erfolgsgeschichte hinsichtlich kapitalistischer Benutzung des geschaffenen Weltmarkts; andererseits ist zu konstatieren, dass die Staaten dabei ihre Machtgrundlagen selber nicht souverän im Griff haben. Darauf bezieht sich die außenpolitische Ambition der Populisten, die nationale Souveränität wieder herzustellen.

— *Die Souveränität, auf der die Populisten beharren, reibt sich mit der fremden Souveränität. Deren Herrschaft wird zwar benutzt für den eigenen ökonomischen Erfolg, aber als solche stellt sie die Relativierung der eigenen Herrschaft dar.*

Nicht an der anderen Souveränität stößt sich das Projekt der Populisten, sondern an der Art und Weise, wie der Zugriff auf die Quellen ihres Reichtums, die bei anderen Souveränen zu Hause sind, geregelt ist. Es stört sie nicht das Verhältnis der Nationen, dass das Interesse der einen gegen das Interesse der anderen verstößt, sondern es sind die multinationalen, internationalen Verträge und Institutionen. Dort ist festgehalten, wie man sich an den Reichtumsquellen in einem anderen Land zu bedienen hat, wie man sich mit der dortigen Staatsgewalt in Verbindung setzen und Verträge schließen

muss. Nicht einfach souverän auftreten zu können, sondern gegenüber internationalen Institutionen und Regelungen (WTO, EU) verpflichtet zu sein, darin sehen die Populisten eine nicht zulässige Einschränkung der eigenen nationalen Handlungsfähigkeit.

— *Das steht spiegelbildlich dazu, wie sie nach innen konkurrieren. Nach außen stellt sich das für sie so dar, dass einerseits internationaler Handel, Weltwirtschaft und Konkurrenz sein müssen, aber die Kehrseite der Globalisierung, die Abgabe von Souveränität, geht überhaupt nicht. Dazu ist die EU ein prägnantes Beispiel.*

In diesen internationalen Regelungen sehen sie eine unzulässige Berücksichtigung anderer Interessen und eine Einschränkung ihrer Interessen. Für sich setzen sie auf die Tagesordnung, gegen diese Art von Beschränkung vorzugehen und im Verhältnis zu anderen Nationen nur noch den Standpunkt des eigenen Interesses geltend zu machen – unabhängig von internationalen Regelungen und gegen den Rest der Welt.

— *Wie ist im Artikel der letzte Satz auf Seite 15 zu erklären, dass „der ‚soziale Statusverlust‘ der eigenen Volksmitglieder in der globalisierten Welt – (dafür steht), dass die Staatsgewalt ihre Machtgrundlagen nicht mehr im Griff hat“?*

Er bezieht sich darauf, dass die Populisten „berechtigte Sorgen“ im Volk beschwören, dass diese durch die Globalisierung ihren sozialen Status verlieren könnten. Zum Beispiel wird der berühmte Mittelstand durch die internationale Konkurrenz geschädigt, Arbeitsplätze gehen verloren und Dumpinglöhne werden eingeführt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Beschwörungen stimmen oder nicht, sondern sie dienen bloß als Bebilderung, um ihren Standpunkt der durch ihre eigene Macht legitimierten, nationalen Handlungsfreiheit ins Recht zu setzen.

— *Den Bezug auf das Volk kennt man von Trump, wenn er sagt, „Amerika first“, wegen der „hard working poors“ oder dem „Rust Belt“, wo große Teile der amerikanischen Arbeiterklasse arbeitslos sind. Er bezieht sich auf die hart Arbeitenden oder Arbeitslosen, die was anderes verdient haben und denen es schlecht geht, weil Amerika sich nicht auf der Welt durchgesetzt hat. In deren Namen tritt er an (ohne ihnen Verbesserungen zu versprechen) und fordert, dass seine Nation ihre Interessen auf der Welt gegen alle eingerichteten Institutionen, Verträge durchsetzen muss.*

Bei dieser populistischen Kritik an der Globalisierung und an allen Schranken der eigenen Souveränität ist interessant, dass sie völlig unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg der Nationen oder von der Reichweite ihrer Macht, oder irgendwelchen eingetretenen Schäden ist. Sie verdankt sich pur dem Standpunkt der Souveränität.

Diese populistischen Programme hängen nicht davon ab, welchen Status die Nation in der internationalen Konkurrenz hat. Wenn sich allerdings dann der populistische Standpunkt betätigt und an Ansprüchen und Programmen konkret verfolgt wird, hängt es schwer davon ab, um welche Nation es sich handelt und über welche Mittel sie verfügt.

— *Die Kampfansage besteht doch darin, dass sie sagen, sie wollen keinerlei internationale Regelungen und Vereinbarungen. Der Standpunkt, der allen gemeinsam ist, egal wie sie in der Konkurrenz dastehen, ist doch, die Interessen unseres Volkes haben Vorrang. Wir setzen das durch, was unserem Volk geziemt, was seiner Stellung entspricht.*

Das ist eine Kampfansage, die dem nationalen Interesse wieder Gültigkeit verschaffen und die Nation von Beschränkungen der eigenen Souveränität freimachen soll. Das resultiert in ganz unterschiedlichen Programmen. Sich an keine internationalen Regelungen mehr zu halten und internationale Verträge aufzukündigen, das ist exklusiv eine Fassung des Populismus von Trump. Das unterscheidet sich von dem politischen Streit innerhalb der EU, mit dem die populistischen Regierungen zwar nationalistisch antreten, aber nicht die Auflösung der EU fordern. Ihr Populismus hat den Inhalt, innerhalb der EU mehr Berücksichtigung gegenüber den Partnern zu erkämpfen und nationale Rechte zurückzugewinnen. Was aus diesem Kampfstandpunkt wird, entscheidet sich an dem, was sich die jeweiligen Staaten für ihre Nation vornehmen

und – im Hinblick auf ihre unterschiedlichen Mittel – auch vornehmen können.
Auf alle Fälle halten sie alle an ihren imperialistischen Ambitionen über das eigene Land und in Hinblick auf die Benutzung der ganzen Welt fest.

Nächstes Mal (16.3.): Nachträge und Punkt VI. des Populismus-Artikels, danach der Erfurt-Artikel (auf der Internetseite zu finden), hinterher Israel.